gen den Bewertenden (auf Unterlassung und Schadensersatz) und dann ausführlicher gegen den Portalbetreiber dargestellt. Dessen Haftungsprivilegierung nach § 10 Satz 1 TMG (als „fremde“ Informationen) wird verneint (S. 274 ff.); nach kurzem Blick auf medienrechtliche Ansprüche nach §§ 56, 57 RStV liegt der Fokus dieses Teil auf einer Diskussion der Störerhaftung. Hier sei ein solcher Zugriff auf Dritte nicht erforderlich, da sich über einen Verstoß gegen wettbewerbsrechtliche Verkehrssicherungspflichten sowohl in Bezug auf das Allgemeine Persönlichkeitsrecht und das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb als auch in Bezug auf das UWG eine „täterschaftliche Haftung“ des Portalbetreibers begründen lasse (S. 304).

Die gründliche, sorgfältig redigierte, vor allem durch plausible Differenzierungen überzeugende Untersuchung zeigt auf, wie der bisherige Rechtsrahmen auf die „digitale Welt“ übertragbar ist. Etwas irritierend ist nur, dass manche „Kernsätze“ immer wieder aufgegriffen werden, das „copy and paste“ hier wohl überzogen wird. Defizite zeigen sich nur bei der durchgängigen Nennung auch von Regelungen der Europäischen Grundrechte-Charta (etwa S. 66, 69), ohne dass deren begrenzter Anwendungsbereich klargestellt würde. Andererseits zeigt sich die Seriosität der Analyse sehr deutlich in der Schlusspassage (S. 311), die auf den „Zeitgeist“ als Ursache dafür hinweist, dass „dem Wunsch Einzelner, nicht oder jedenfalls nicht unkontrolliert zum Gegenstand öffentlicher Debatten im Internet zu werden, tendenziell nur wenig Verständnis entgegengebracht wird“, aber zugleich andeutet: „Vielleicht ändern manche ihre Einstellung, wenn eines Tages die Spätfolgen von facebook, twitter & Co zum Vorschein treten“.

Thomas Petri

Petzsche, Anneke: Strafrecht und Terrorismusbekämpfung, Nomos-Verlag 2013, ISBN- 978-3-8487-0806-2, Preis: 109 Euro

Abhandlungen über das Thema Strafrecht und Terrorismusbekämpfung sind zahlreich. Gleichwohl ist die von Anneke Petzsche vorgelegte Dissertation lesenswert. Mit flüssigem Stil und weitgehend schlüssiger Argumentation lädt sie zu einer rechtsvergleichenden Betrachtung der Gesetze ein, die Deutschland, Großbritannien und Spanien zur Umsetzung der EU-Rahmenbeschlüsse 2002/475/JI und 2008/919/JI sowie des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung des Terrorismus vom 16. Mai 2005 verabschiedet haben (die für die Untersuchung relevanten europäischen Vorschriften werden in Abschnitt A wörtlich zitiert, vgl. dort S. 60 ff.). Die Verfasserin legt dabei nahezu vorbehaltlos die sicherheitsbehördliche Darstellung und Bewertung der Sicherheitslage ihren rechtlichen Betrachtungen zugrunde.

In Abschnitt B untersucht Petzsche die Gesetzeslage in Deutschland (Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat nach § 89a, Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat nach § 89b und Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat nach § 91 StGB). Ihr fällt auf, dass das eigentliche Anliegen des Gesetzgebers, mit den Vorschriften den Terrorismus zu bekämpfen, im Wortlaut der untersuchten Vorschriften keinen Niederschlag findet (S. 96). Zwei Kernprobleme des neuen Terrorismusstrafrechts arbeitet die Verfasserin heraus: Erstens dehnen die neuen Vorschriften die Strafbarkeit auf das Vorfeld konkreter Rechtsgutgefährdungen aus (S. 100). Auch wenn es hierzu bereits Vorbilder im StGB gibt, bedarf

eine solche Vorverlagerung der Strafbarkeit einer besonderen Legitimation (S. 105 ff.). Zu pragmatisch ist dabei die Aussage, eine kategorische Ablehnung erscheine „nicht zielführend“, denn abstrakte Gefährdungsdelikte seien „bereits vielfach Realität“ (S. 109 - eine solche Aussage schließt indes vom Tatsächlichen auf das Sollen). Als zweite problematische Tendenz macht die Autorin die Pönalisierung neutraler Handlungen und die Subjektivierung des Strafrechts aus. Verfassungsrechtliche Bedenken äußert die Verfasserin bei allen drei Vorschriften hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit und der Bestimmtheit. Den Ausführungen zu den Strafvorschriften fügt die Verfasserin eine kurze Bewertung der Begleitänderungen im Strafprozessrecht an (S. 222 ff.), die für die datenschutzrechtliche Bewertung besonders bedeutsam sind. Denn sie ermöglichen den Strafverfolgungsbehörden heimliche Ermittlungen bereits weit im Vorfeld konkreter Rechtsgutgefährdungen. So mahnt Petzsche, dass gerade im Bereich des Rechts gegen den Terrorismus „darauf geachtet werden muss, dass das Recht nicht aus dem Ruder läuft“, denn durch den Verweis auf Terrorismus scheint eine Rechtfertigung äußerst problematischer Regelungen einfach gefunden zu sein.“ (S. 233).

Die Analyse der britischen (Abschnitt C) und spanischen Umsetzungsvorschriften (Abschnitt D) nehmen einen vergleichenden Umfang ein. Zu beiden Rechtsordnungen verknüpft Petzsche geschickt allgemeine einführende Erörterungen mit den eigentlich zu untersuchenden Fragestellungen. Für Großbritannien analysiert sie die Besonderheit, dass dieses Land neben dem Strafprozessrecht und dem Polizeirecht eine weitere rechtliche (und rechtsstaatlich später als hochproblematisch identifizierte) Kategorie des „Exekutivrechts“ nutzt, um gegen den Terrorismus vorzugehen (S. 297 ff.). Die Anlehnung an Publikationen von Clive Walker ist auffällig – erst gegen der Untersuchung zur britischen Gesetzeslage ist eine gewisse Distanzierung spürbar (S. 320). Die relevanten britischen Umsetzungsvorschriften zitiert Petzsche im Text. Das Fazit fällt vernichtend aus: Großbritannien gehe in voller Härte gegen den Terrorismus vor. Dabei blieben die Rechte der Betroffenen immer wieder auf der Strecke. Ein ausreichender Schutz werde weder durch das Parlament noch durch die britischen Gerichte gewährleistet (S. 323). Ähnlich kritisch fällt die Untersuchung zur spanischen Gesetzeslage aus (Abschnitt D). Dabei stellt die Verfasserin die Besonderheit dar, dass die Einschränkung von Grundrechten ausdrücklich durch die spanische Verfassung ermöglicht wird (S. 372 ff.). Bemerkenswert sind besondere Regelungen zur Isolationshaft und (S. 392 ff.) und sehr weitreichende Grundrechtseinschränkungen im Rahmen des Vollzugs (vgl. z.B. die Ausführungen zur „libertad vigilada“ – einer eng geführten Überwachung von Personen im Anschluss an die Strafverbüßung, vgl. S. 415 ff.).

In einem Abschnitt E nimmt die Verfasserin einen Vergleich der Rechtslage in Deutschland, Großbritannien und Spanien vor, in Abschnitt F fasst sie die Ergebnisse ihrer Untersuchungen thesenartig zusammen. Diese beiden Abschnitte sind größtenteils redundant. Als zentrale These nimmt der Rezensent die Aussage mit, dass die Regelungen aller untersuchten Länder weit über die europäischen Vorgaben hinausgehen und unbestreitbare rechtsstaatliche Defizite aufweisen. Die Verfasserin folgert hieraus, dass der Einfluss internationaler Vorgaben rechtsstaatlich problematische Tendenzen im Bereich des Terrorismusstrafrechts eher verstärkt als eindämmt, indem die Sicherheit und Prävention in den Vordergrund gestellt werden, während die Rechte der Betroffenen Einbußen hinnehmen müssen. Fazit: Ein sehr gutes Buch.